

Annoncen-
Annahme-Bureau.In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)bei G. H. Mici & Co.
Breitestraße 14,in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Zweihundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau.In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 893.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonabend, 20. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 19. Dezember. Der König hat geruht: dem Schulzen
Grenz zu Obelanki im Kreise Samter das Allgemeine Ehrenzeichen zu
verleihen.Der König hat geruht, durch Allerhöchste Bestallung vom 11. De-
zember 1879 den Oberstleutnant a. D. Küngst, Allerhöchst beauftragt
mit den Geschäften eines vortragenden Zivilraths im Kriegsministerium,
zum Wirklichen Geheimen Kriegsrath und Rath zweiter Klasse zu er-
nennen, ferner dem Geheimen Registrator im Geheimen Zivilcabinet
Gumichke den Charakter als Hofrath zu verleihen.

Vom Landtage.

29. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 19. Dezember, 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu
Culenburg, Bitter und Kommissarien.Die Petitionen, welche zur Erörterung im Plenum nicht für ge-
eignet erachtet worden sind, werden heute zum zweiten Mal auf den
Antrag Rickert's von der Tagesordnung abgesetzt, um den Mit-
gliedern Zeit zu lassen, sich mit ihrem Inhalt vertraut zu machen.Die von den Abgeordneten v. Duene, v. Chlapowski, Graf
Clairon d'Haussonville, Stengel, Miquel und Birchow eingebrachte und
von Mitgliedern aller Parteien unterstützte Interpellation:1. Welche Resultate haben die amtlichen Ermittlungen über
den Umfang des in Oberschlesien eingetretenen Noth-
standes ergeben? 2. Welche Maßregeln hat die königliche
Staatsregierung getroffen, um dem Nothstande zu begegnen?
3. Beabsichtigt die königliche Staatsregierung eventuell mit
einer Forderung an die Landesvertretung heran-
zutreten Behufs Beschaffung außerordentlicher Mittel zur Be-
seitigung des Nothstandes?erklärt Finanzminister Bitter Namens der Staatsregierung sofort
beantworten zu wollen.Abg. v. Duene (Zentrum): Nachdem eine zweitägige Debatte
uns grundsätzlich und weit von einander entfernt hat, vereinigt uns
heute der Gegenstand der Diskussion auf dem Boden der Theilnahme
für die Nothleidenden. Bereits vor vier Wochen hatten die ober-
schlesischen Mitglieder der Zentrumsfraktion den Beschluß gefaßt, eine
Interpellation über den oberchlesischen Nothstand einzubringen. Nach
der um diese Zeit vom Minister für Landwirtschaft über diesen Noth-
stand abgegebenen Erklärung schien es uns überflüssig noch speziell an-
zufragen, um dann dieselbe Erklärung als Antwort zu erhalten. Es
haben sich aber während dieser Zeit die Nothstandsverhältnisse ausge-
dehnt und aus dem Saue wurde der Wunsch nach einer Interpellation
vielfach laut. Als nun meine politischen Freunde Angesichts der
gevorstehenden Weihnachtsferien den Zeitpunkt dazu für geeignet ge-
kommen erachteten, so machte sie sich vor Allem klar, daß es nicht statt-
haft sei bei diesem Gegenstande im Namen einer einzelnen Fraktion zu
sprechen, sondern daß dies Sache des ganzen Hauses sei und in diesem
Sinne haben wir, unterstützt von allen Fraktionen, die Interpellation
eingebracht. Sie alle haben wohl die Zeitungsberichte verfolgt, die seit
Wochen aus den nothleidenden Distrikten kommen. Mögen sie über-
trieben, unvollständig, einseitig sein, soviel konstatieren sie jedenfalls,
daß der Nothstand seit vier Wochen an Umfang gewonnen hat. So
wurde in den letzten Wochen der bis dahin noch nicht genannte Kreis
Rosenberg in den Nothstand verwickelt und sind dort einzelne Typhus-
fälle konstatiert. Alle diese Momente lassen es wünschenswerth er-
scheinen von der f. Staatsregierung, welche allein in der Lage die Umstände
und Thatfachen feststellen zu lassen, Aufklärung darüber zu verlangen,
welchen Umfang der Nothstand angenommen hat. Die Beantwortung
dieser Frage wird zugleich den Erfolg haben, daß das Haus und das
Land hört, wie die Staatsregierung die Sache ansieht. Bei der zwei-
ten Frage, welche Maßregeln die Regierung gegen diesen Nothstand
ergriffen hat, hat den Antragstellern nichts ferner gelegen,
als Mißtrauen gegen die Regierung auszusprechen, besonders
da sie zu den an der Spitze der Regierung zu Opfern und des Ober-
Präsidenten zu Breslau stehenden Herren großes Vertrauen haben. Mit
Hilfe der provinziellen Mittel allein, welche authentischen Quellen zu-
folge sich bisher 2,508,000 M. belaufen, kann auf die Dauer dem Noth-
stande nicht gesteuert werden. Denselben Gedanken spricht auch der
dortige Landeshauptmann in einem mir vorliegenden Schreiben aus, in
welchem es heißt: „Unter diesen Umständen kann ich die Ueberzeu-
gung nicht unterdrücken, daß der Provinzialverband nicht im Stande
ist, dem Elend erfolgreich zu steuern.“ Es also Staatshilfe nöthig
und deshalb schien es mir angezeigt, in der dritten Frage dem Geban-
den Ausdruck zu geben der Staatsregierung und dem Lande gegenüber,
daß die Landesvertretung bereit sei, die erforderlichen Mittel zu bewil-
ligen. Ich glaube, der Staatsregierung kann es nur angenehm sein,
daß sie in die Lage kommt, durch ausführliche Beantwortung der In-
terpellation zur Beruhigung des Landes beizutragen. (Allseitige Zu-
stimmung.)Finanzminister Bitter: Im Allgemeinen kann ich dem, was der
Herr Interpellant vorgebracht, soweit es thatsächlich ist, nur beitreten und
erkenne an, daß in den letzten vier Wochen in Folge des frühzeitigen
und strengen Winters eine erhebliche Verschärfung der Verhältnisse ein-
getreten ist. Die Staatsregierung steht seit Monaten diesem Zustande
mit gespanntester Aufmerksamkeit gegenüber und hat an ihrem Theil
gethan, was beruhigend, vorjorgend, mildernd einwirken konnte. Die
vom Nothstande bedrohten Kreise schieben sich in dem südlichsten Theile
Schlesiens zwischen das russische und österreichische Gebiet hinaus: es
sind die Kreise Ratibor, Kosel, Rybnik und Pleß. Außer in diesen
Kreisen sind aber noch Nothstandserscheinungen nicht unbedeutlicher Art
hervorgetreten in den Kreisen Gleiwitz und Lublitz. Es handelt sich
um eine Bevölkerung, die im Großen und Ganzen, wenn man die
Städte abrechnet, etwa 400,000 Seelen zählt. Von dieser Bevölkerung
sind dem Nothstande verfallen oder werden ihm muthmaßlich verfallen
80—85,000 Menschen. Für die Arbeiterbevölkerung in den Kreisen
Gleiwitz und Lublitz, hauptsächlich in den Bergwerksdistrikten, ist
nach den Erfundigungen ein Nothstand nicht zu befürchten, der zu
Maßregeln von Seiten der Staatsregierung Veranlassung geben
könnte, da es dort an lohnender Arbeit nicht fehlt. Ueber
Mangel an Feuerungsmaterial wird in den dortigen Nothstands-
distrikten nicht geklagt; die Nähe der königlichen und Privat-
forsten und der Kohlenreviere wirken günstig. Auf diesen Punkt
wird die sorgsamste Aufmerksamkeit gerichtet. Die Nothstands-Verhältnisse in den anderen Kreisen werden in ihrer vollen
Schärfe erst jetzt zu Weihnachten zur Entwicklung kommen. Ich
bemerkte dies ausdrücklich, weil bisher der Nothstand sich noch in den
Grenzen bewegt hat, daß er mit den Mitteln bewältigt werden konnte,
welche den Provinzialbehörden und der Staatsregierung zu Gebote
standen. Es läßt sich nicht leugnen, daß der frühe Eintritt des Win-
ters darauf hingewirkt hat, den Nothstand zu erschweren und zu ver-
stärken. Wenn man darüber ein Urtheil haben will, wird es noth-
wendig sein, einen Blick auf die Situation zu werfen, in welcher sich
die oberchlesische ländliche Arbeiterbevölkerung befindet. Diese bewegt
sich schon in guten Jahren hart an der Grenze der Dürftigkeit; bei
mäßigen Ansprüchen, fleißiger Arbeit und mittlerem Tagelohn lebt sie
fast ausschließlich von Kartoffeln und Kraut. Schon jede mittlere
Ernte erzeugt dort bedenkliche Schwankungen, jede Fehlerte muß zu
einem mehr oder weniger intensiven Nothstand führen. Mit Ausnahme
weniger Jahre, in denen reichliche Erträge, namentlich an Kartoffeln,
erzielt wurden, sind die Ernteerträge der letzten Jahre sehr mäßig ge-
wesen und es ist daher nicht zu verwundern, wenn Nothstände bei
einer völligen Mißernte eintreten. Nach den vergangenen Jahren
fehlte es der Bevölkerung neben allen sonstigen Mitteln erstens an der
Leistungsfähigkeit und zweitens an der Widerstandskraft einer so schar-
fen Kalamität gegenüber, wie sie jetzt auf sie hereingebrochen ist. Zu-
dem melbet die Provinzialverwaltung, daß der Wucher der dortigen
Armen mit einem unzerbrechlichen Netz umspinnen habe. (Hört! rechts.)
Der Typhus hört dort selbst in guten Jahren nicht ganz auf. Die
Bevölkerung besteht zum Theil aus Einliegern, aus Häuslern, die ein
kleines Viehstump von 1 bis 3 Morgen Land, oder manchmal auch
nur ein Häuschen oder eine Hütte besitzen. Dieser gesammten Arbeiter-
bevölkerung fehlt jedes weiter gehende Bedürfnis und jedes weiter
gehende Interesse als das, was ihre unmittelbaren Verhält-
nisse erfordern. Die Bevölkerung ist im Ganzen zusammen-
gedrängt, wenn auch eine Uebersiedlung nicht gerade besteht,
doch soweit, daß der schlechte Boden, auf dem sie zum großen
Theil leben muß, sie nur in günstigen Jahren ernähren kann.
Während der Kreis Ratibor auf dem linken Oderufer noch leidlich ge-
nuten Mittelboden und auf dem rechten leichteren Boden hat, steht der
Kreis Kosel in der Bodenbeschaffenheit hinter diesem weit zurück. Die
Kreise Rybnik und Pleß haben fast durchweg kalten und nassem, zum
Theil schweren Boden, der bei trockener und nasser Jahreszeit schwer
kulturbar ist und der nur durch Drainirung und Kultur zu einer
höheren Ertragsfähigkeit erhoben werden könnte. Die Kreisverwal-
tungen, denen die nächste Aufgabe zur Beseitigung der Nothstände
zum größten Theil mit anheimfallen müßte, sind bei den bedeutenden
Opfern, welche sie sich zum Bau von Kreis- und Kommunalchauffeen
auferlegt haben, nicht in einer Lage, welche sie bei der Armut der
Bevölkerung in den Stand setze, ohne weitere Hilfe dem Nothstand
zu begegnen. Die Kreise sind hiernach selbst bei den äußersten Anstren-
gungen nicht in der Lage, den Kreiseingewohnten zur Hilfe zu kommen
ohne Hinzutritt der Provinz und, wie die Staatsregierung glaubt, in
diesem Falle ohne Hinzutritt des Staates. Zum Ausbruch ist die
Noth gelangt durch die elementaren Ereignisse, welche eine völlige Mi-
serie herbeigeführt haben. Diese ist, wie ich ausdrücklich betonen muß,
der ausschließliche Grund des jetzigen Nothstandes. Festige Ueber-
schwemmungen in den Kreisen Ratibor und Kosel und heftige Regen-
güsse haben völligen Mißwachs herbeigeführt und zwar so, daß das
Haupternährungsmittel der Bevölkerung, die Kartoffel, so gut wie ganz
verloren gegangen ist. Es ist nothwendig geworden, mitunter die Kar-
toffel zwei bis drei Mal zu legen. Nicht unbedeutende Flächen haben
gar nicht befruchtet werden können, auf den übrigen Theilen ist die Frucht
sehr mäßig gewachsen. An vielen Stellen wurde höchstens die Hälfte
der zur Ernährung von Menschen und Vieh noth-
wendigen Ernteerträge aufgebracht. Das gänzliche Fehlschlagen der Heu-
ernte in Folge der Ueberschwemmung der Oder hat schon im Sommer
erhebliche Futternoth und die Nothwendigkeit der Staatshilfe herbeige-
führt. Auch das Kraut ist infolge von Mäße und Raupenfraß total mißrathen.
Die unter diesen Umständen nothwendige Sorge für ca. 80,000 Men-
schen wird sich im weiteren Verlauf ausdrücken durch Zuschüsse an Geld
in nicht unbeträchtlichem Umfange und dazu werden im Frühjahr noch
dieser Mittel hinzutreten, welche etwa zur Aushilfe für Saat oder
für sonstige wirtschaftliche Aushilfe sich als nöthig erweisen werden.
Der Oberpräsident von Schlesien hat zur Beseitigung der Nothstände
die Staatsregierung aus Staatsmitteln zu gewährenden Summe
sich noch eine ganz kurze Frist erbitten. Nach Ihrem Wiederzukommen
hofft die Staatsregierung Ihnen detaillierte Vorlagen über die
von Staatswegen flüssig zu machenden Mittel machen zu können. In
diesem Augenblicke fehlt es an Mitteln zur Abhilfe des Nothstandes
nicht. Inzwischen sind die Behörden, insbesondere die Provinzialver-
waltung, die Privatwohlthätigkeit, namentlich die Frauenvereine voller
Hingebung in die Organisation der werththätigen Hilfe eingetreten. Es
ist ferner gefragt worden, was hat die Regierung zur Beseitigung des
Nothstandes gethan? Die Staatsregierung hat die Organisation der
Abhilfemaßregeln dahin vorbereitet, daß die Orts-Armenverbände mit
dem Land-Armenverbande und der Provinzialverwaltung unter steter
Kommunikation und im Einvernehmen mit der Staatsregierung ein
Beobachtungsnetz über die gesammten Kreise, welche dem Nothstande
verfallen sind, gezogen hat und zwar dahin, daß in jedem Augenblicke,
wo eine Unterstützung nöthig wird, diese Unterstützung sofort gewährt
werden kann. Die Staatsregierung hat bereits im Herbst vorigen
Jahres in Folge der Ueberschwemmungen dem Kommunal-Verbande
des Kreises Kosel 300,000 M., dem des Kreises Rybnik 400,000 M.
unter günstigen Bedingungen als Darlehn überwiesen. Ferner sind
die nöthigen Vorarbeiten für den Bau von Bismalwegen auf die
Staatskasse übernommen worden und zur Gewährung von Be-
hülfe sind dem Ober-Präsidenten 30,000 Mark und demnach, in
allerlester Zeit, noch 45,000 Mark zur Disposition gestellt
worden, zur Disposition, wie ich ausdrücklich bemerke, à fonds
perdu. Im Kreis Rybnik ist zum Zweck von Chauffeebauten in
allerneuester Zeit eine Summe von 150,000 M. unter gleichen Bedin-
gungen wie bei den Kreisen Ratibor und Kosel angewiesen worden.
In Bezug auf die Steuererleichterung sind die entsprechenden, sehr be-
stimmten Anordnungen dahin getroffen, daß unter keinen Umständen
durch Härte, Schroffheit oder Fiskalität nach irgend einer Richtung hin
Verlegenheiten oder Unzuträglichkeiten entstehen können. (Beifall.)
Für den Transport von Lebensmitteln und sonstigen Lebensbedürfn-
issen nach den bedrohten Gegenden hin sind erhebliche Ermäßigungen
der Tarife auf den Staatseisenbahnen gewährt worden und die Privat-
eisenbahndirektionen sind dringend ersucht worden, diesem Vorgehen
sich anzuschließen. Endlich ist vom Minister des Innern und von mirdem Oberpräsidenten und dem Landarmendirektor ausdrücklich und mit
der sicheren Erwartung Ihres Beitritts demnach ausgesprochen wor-
den, daß, falls sie Opfer über ihre Kräfte hinaus zu bringen gezwungen
sein sollten, ihnen die Staatsregierung zur Seite stehen und die noth-
wendigen Kredite bei der Landesvertretung beantragen werde. Bis jetzt
sind Anträge auf Staatsbeihilfe mit bestimmter Bezeichnung nicht ge-
stellt worden, aber ich glaube, wir haben alle Veranlassung zu erwarten,
daß sie in der nächsten Zeit werden gestellt werden. Bis dahin, wieder-
hole ich, sind für die schlimmsten Fälle bereits Mittel vorhanden und
an der Verwaltung wird es nicht liegen, wenn diese Mittel in jedem
Augenblicke, wo sie nothwendig sind, unmittelbar gewährt werden. (Bei-
fall.) Bei Beurtheilung derjenigen Schritte, welche zur Abwehr der
Noth in Frage kommen könnten, ist von vornherein davon ausgegangen
worden, daß es sich zunächst um Beschaffung nützlicher
Arbeiten: Chauffee- und Bismalwegebauten und Forstarbeiten
handeln würde, durch welche Verdienst geschafft werden müßte. Ein
geister eingegangener Bericht des Oberpräsidenten weist nach, daß in
allen betroffenen Kreisen die größten Anstrengungen gemacht werden,
um demgemäß zu handeln. Es ist namentlich großer Werth darauf
gelegt worden, daß durch den Bau von Bismalwegen der Bevölkerung
Arbeitsgelegenheit in der Nähe ihrer Wohnsitze beschafft werde, damit
sie während der rauhen Jahreszeit nicht gezwungen werden in entfernte
Gegenden zur Arbeit zu gehen, sondern Gelegenheit finden, ihren Fa-
milien den Unterhalt in der Nähe zu verdienen. Der frühe Winter
hat freilich in diesem unseren Programm einige Erschwerungen herbei-
geführt; aber ich kann hinzufügen, daß selbst bei strenger Kälte fort-
während gearbeitet worden ist. Soweit durch Arbeitsverdienste nicht
geholfen werden kann, würde die Hilfe nicht anders erfolgen können,
als, wie ich ausdrücklich betonen will, unter Ausschluß von Geldunter-
stützungen durch Gewährung von Lebensmitteln und anderen noth-
wendigen Lebensbedürfnissen. Alle Vorbereitungen sind demnach ge-
troffen worden. Wir haben geglaubt, durch eine organische Verbindung
der Staats- und der Selbstverwaltungsbereichen und durch Geranzie-
hung der nicht genug anzuerkennenden Privatwohlthätigkeit am Besten
für die nothleidenden Distrikte zu sorgen, und ich hoffe bestimmt, daß
wir nicht geirrt haben, und daß durch diese Organisation die schlimm-
sten Nothstände beseitigt werden, daß der eigentliche Hunger und die dar-
aus hervorgehenden Krankheitserscheinungen nicht eintreten werden.
Die Provinz hat folgende Bewilligungen ausgesprochen: Zum Bau
von Chauffeen ist die Summe von 880,000 Mark an die Kreis-Kommun-
alverbände von Ratibor, Kosel, Liegnitz und Pleß überwiesen und zwar
unter sehr günstigen Bedingungen; im Provinzialauschusse sind 1,500,000
Mark, darunter 120,000 Mark à fonds perdu, zur Bekämpfung der
Nothstände überwiesen worden; der Wegebaufonds ist um 500,000 M.
verstärkt worden; unter Allerhöchster Ermächtigung sind die bei der
Feier der goldenen Hochzeit Ihrer Majestäten zu Stiftungszwecken of-
firten 400,000 Mark dem Landarmenverband zur Unterstützung Hilfs-
bedürftiger zur unbedingten Verfügung gestellt worden. (Beifall.) Der
Gesundheitszustand in den bedrohten Kreisen hat mit Ausnahme einiger
sporadischen Fälle im Kreise Ratibor zu keinen schwer wiegenden Be-
denken Anlaß gegeben. Ob dies nicht in nächster Zeit stattfinden kann,
läßt sich ja mit Sicherheit im Voraus nicht beurtheilen, jedoch sind alle
Einrichtungen derart getroffen, daß bei dem ersten Auftreten epidem-
ischer Erscheinungen sofort die nöthige Hilfe vorhanden ist. Hiernach
glaube ich mit Bestimmtheit und in vollem Vertrauen auf die Thä-
tigkeit der Staatsbehörden in der Provinz, sowie der Provinzial-
beamten und im Hinblick auf die sehr dankenswerthe Mitwirkung
der privaten Wohlthätigkeit aussprechen zu können, daß alle Ein-
richtungen so getroffen sind, daß, wo ein Nothstand sich zeigt,
ihm sofort mit den nöthigen Mitteln entgegengetreten werden
kann; wo ein Nothstand schon vorhanden, ihm bereits entgegen-
getreten worden ist. In Bezug auf Nr. 3 der Interpellation erkläre
ich, daß, sobald die Nothwendigkeit der Verwendung von Staatsmitteln
eintreten sollte, die Staatsregierung keinen Anstand nehmen wird, die
Mittel zur Beseitigung des Nothstandes bei der Landesvertretung zu
beantragen. Ich hoffe, daß spätestens bis Mitte Januar diese Anträge
oder beruhigende Erklärungen Ihnen vorliegen werden. Ich fürchte,
daß es nothwendig sein wird, mit einem Kredit an Sie heranzutreten
und ich bin überzeugt, daß dieser Kredit der Staatsregierung nicht ver-
weigert werden wird. (Beifall.) Wenn ich und der Minister des
Innern uns zu jeder möglichen Auskunft jederzeit bereit erklären, so
bemerkte ich schließlich, daß die Staatsregierung glauben würde, den
traurigen Thatfachen, wie sie jetzt im Augenblicke vorliegen, nicht die
volle Rechnung getragen zu haben, wenn sie nicht ihre Aufmerksamkeit
darauf richten wollte, wie diesen Verhältnissen gegenüber für die Dauer
Abhilfe zu schaffen sein würde. (Sehr wahr!) Es ist die Absicht, alle
betheiligten Ressorts zu gemeinschaftlicher Thätigkeit einzuladen, um zu
untersuchen, ob und in wie weit jene entfernten Gegenden dem weiteren
Verbreit anzuwachsen, wie die landwirtschaftlichen Zustände zu ver-
bessern, die Bodenerträge nach Möglichkeit sicherer zu gestalten, wie die
allgemeine Bildung und Erwerbsfähigkeit der zahlreichen Arbeiter-
bevölkerung zu heben, wie der Kreis der Arbeit und Thätigkeit auszu-
dehnen, dadurch aber die dortigen Zustände so zu gestalten sein würden,
daß sie nicht mehr ausschließlich von den elementaren Einflüssen oder
ungünstigen Konjunkturen wie bisher abhängig bleiben würden. Die
Staatsregierung würde sich glücklich schätzen, wenn sie in der Lage
wäre, nach Beseitigung der augenblicklichen Noth die Wege zu ebnen
für bessere Verhältnisse, wenn sie für eine zahlreiche und sehr arme Be-
völkerung nach dieser Richtung hin die Morgenröthe einer besseren Zu-
kunft heraufzuführen könnte. (Beifall.)Abg. Birchow: Ich hatte die Absicht, eine Besprechung der
Interpellation zu beantragen; ich verzichte gegenwärtig, da es allge-
mein gewünscht wird, darauf zumal eine solche Verhandlung bei der
in Aussicht gestellten Vorlage stattfinden kann. Ich würde es sehr
beflagen, wenn die Regierungsvorlage sich nur mit dem gegenwärtigen
Nothstande beschäftigen sollte.Damit ist die Interpellation erledigt.
Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend
die Anlage der zweiten Geleise auf der Kosel- und
Saarbahn.Abg. Berger: Der Abg. Reichensperger hat wider mein Er-
warten in der zweiten Sitzung seitens der Regierung keine Antwort
erhalten auf seine Beschwerden bezüglich der Ausführung der Kosel-
bahn bei Koblenz und bei einzelnen Stationen in der Richtung von
Koblenz nach Trier, namentlich darüber, daß die herrliche Gegend bei
Koblenz durch einen kolossalen Damm verunstaltet sei, daß der Rheina-
rm bei der Insel Oberwerth abgeperrt ist und Verunstaltungen zeigt,
daß die große Staatsbahnbrücke dem Privatverkehr noch nicht über-

ben sei und daß trotz der bereits vorhandenen Brücke der Rheinischen Bahn noch eine sehr kostspielige Brücke für die Staatsbahn erbaut sei. Die unichönere Ausführung war aber durch Kostenersparnis geboten. Die Rheinbrücke ist seit 3 oder 4 Monaten dem Fußgängerverkehr geöffnet. Die Anlage der zweiten Brücke war aber nötig, weil die Absicht der Regierung bezüglich eines Abkommens mit der Rheinischen Eisenbahn behufs Mitbenutzung ihrer Brücke daran scheiterte, daß die Militärverwaltung für diesen Fall das exorbitante Auerum von 2100 Millionen Mark für neue fortifikatorische Anlagen forderte, obwohl die Moselbahn hauptsächlich im militärischen Interesse erbaut war. Daß Privatbahnen beim Eintritt in eine Festung sehr stark bluten müssen, ist mir seit Jahren bekannt; daß aber auch unseren Staatsbahnen gegenüber, namentlich den aus den Mitteln des Einzelstaates im Reichs- und Militärinteresse erbauten gegenüber die Reichsmilitärverwaltung so rigoros handelt, ist sehr zu bedauern.

Kommisarius Geh. Rath Grütze: In Bezug auf die Frage, ob die zweite Rheinbrücke nicht entbehrlich sei, muß man sich die Verhältnisse bei Koblenz vergegenwärtigen. Wollte man die Brücke der Rheinischen Bahn mitbenutzen, so müßte man eigentlich auch den Bahnhof derselben mitbenutzen, was nicht möglich gewesen wäre, ohne die ganze westliche Encinte der Stadt hinauszurücken, damit der Bahnhof erweitert werden könnte. Dieser Bahnhof konnte dann aber von der Moselbahn nicht mitbenutzt werden, ohne daß sie einen Umweg von 4 Meilen zur Ueberschreitung der Mosel hätte machen müssen.

Abg. Reichenperger (Köln): Wie man bei dem Kriegszustand, der nach den Ausführungen Berger's zwischen dem Kriegs- und dem Eisenbahn-Ministerium besteht, erst noch die Frage erörtern konnte, wie viel die Anlage der zweiten Brücke kostet, ist mir nicht erklärlich. Die Sache ist also nicht aufgeklärt. Die Hinausrückung der Encinte von Koblenz konnte nach meinen lokalen Kenntnissen gegenüber den Kosten des neuen Bahnhofs kein Hindernis für die Mitbenutzung des Rheinischen Bahnhofs sein. Die Encinte schmürt übrigens die Stadt in höchst beschwerlicher Weise ein, man muß sich mit Baracken behelfen, um die Bevölkerung unterzubringen. Die Hinausrückung der Encinte ist daher der sehnlichste Wunsch der Einwohner; das militärische Interesse steht nach sachkundiger Ansicht nicht im Wege, da die Umwallung bei der jetzigen Tragweite der Geschütze keinen Werth hat. Die neue Rheinbrücke ist dem privaten Güterverkehr nicht übergeben, obwohl dies recht gut möglich gewesen wäre. Bei der Anlage neuer Bahnhöfe möge die Regierung überflüssigen Luxus vermeiden, z. B. die Frauen-Gebäude, wie man sie auch in Berlin in wenig taftvoller Weise auf die Häuser fest, dafür aber im Innern der Gebäude mehr für die Erleichterung der Reisenden thun; sie könnte damit zugleich den Dekorationsmalern Beschäftigung verschaffen, indem sie mit Emblemen, Erinnerungen aus der vaterländischen Geschichte die Wände schmückt.

Der Gesetzentwurf wird unverändert angenommen. Die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verwendung der verfallenen Ration für das Gennep-Goch-Weiler Eisenbahn-Unternehmen wird auf Antrag des Abg. Windthorst von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem derselbe unter Zustimmung des Abg. v. Minnigerode auseinander-gesetzt, daß mit der bloßen Hinausrückung des Infanterietrains des Gesehes den Interessen der durch die Bahn expropriirten Grundbesitzer möglicherweise nicht entsprochen werde, also eine genauere Prüfung ihrer Ansprüche erst stattfinden müsse.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Fischerei-Gesetzes vom 30. Mai 1874.

Abg. Grumbrecht: Die wissenschaftlichen Grundlagen des Fischerei-Gesetzes sind sehr unklar und oft im Widerspruch mit den Erfahrungen der Praktiker. Diese verlangen z. B. Stellenweise die Frühjahrsschließung statt der Wintereschließung, wie sie in den Ausführungs-Bestimmungen festgesetzt ist. Ich frage deshalb die Regierung, ob sie bereits Bedacht nimmt auf eine Revision der Ausführungs-Bestimmungen und des Gesetzes selbst, damit die Interessen der Fischer gewahrt bleiben.

Reg.-Kommissar F. a. t. n. a. u.: Das gegenwärtige Gesetz soll hauptsächlich dem Anfang zunächst zu Hilfe kommen. Änderungen von Fischereigesetzen sind bei den Fortschritten der Wissenschaft unausbleiblich; das englische Fischereigesetz ist seit 1863 sechsmal verändert. Die Ausführungs-Verordnungen sind nach sorgfältiger wissenschaftlicher Prüfung und nach Anhörung der Provinzialbehörden, in denen durchweg sachkundige Praktiker waren, erlassen worden. Zur Revision wird das Material gesammelt; sie wird auch nur auf Grund von Gutachten Sachverständiger erfolgen.

Der Gesetzentwurf wird der Agrarkommission überwiesen. Damit ist die heutige Tagesordnung um 2 Uhr erledigt. Der Präsident zeigt jetzt schon an, daß die nächste Sitzung nach den Ferien am 8. Januar stattfinden wird und fest die letzte vor den Ferien auf morgen Sonntagabend 10 Uhr an. (Interpellation von Windthorst, Petitionen.) Dem Wunsch des Abg. Windthorst, schon heute zu schließen, da die Bänke des Hauses schon bedenklich leer seien, viele Kollegen morgen früh abzureisen gedächten, ein beschlußfähiges Haus also morgen nicht mehr zu erwarten, und überdies der Sonntag kein zum Reisen geeigneter Tag sei, trat das Haus nicht bei.

Politische Uebersicht.

Posen, 20. Dezember.

Durch zahlreiche Petitionen veranlaßt, wird das Abgeordnetenhaus auch in seiner jetzigen Session sich mit dem Nothstande der Wittwen und Waisen bei den Elementarlehrern zu befassen haben. Die Elementarlehrer haben wiederholt um Erhöhung der Pensionen für Lehrer-Wittwen und Waisen gebeten. Von den vorhandenen 28 größeren Bezirksklassen wird bei 11 der Minimalsatz von 250 Mark für das Jahr gezahlt, und aus den übrigen 17 Klassen erhalten die Wittwen nicht viel mehr. Der Pensionsbetrag reicht also in keinem Falle zur Vorsehung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse aus. Unter der Verwaltung des Ministers Dr. Falk wurde dem Wunsch der Lehrer das Wittwengehalt auf 300 Mark zu normiren, nicht Rechnung getragen. Auch Herr v. Puttkamer scheint diesen Wunsch nicht in Erfüllung gehen zu lassen, derselbe beabsichtigt aber, wie verlautet, auf Grund des Gesetzes von 1869, in nicht ferner Zeit bei einzelnen der noch auf dem Minimalsatze stehenden Klassen eine Erhöhung der Pension auf 180 Mark einzutreten zu lassen.

Wie man zuverlässig hört, wurden in Berlin am Mittwoch zwischen dem Auswärtigen Amt und dem schweizerischen Gesandten, Oberst Roth, Deklarationen ausgetauscht, durch welche der deutsch-schweizerische Handelsvertrag auf sechs Monate, also bis Ende Juni 1880, verlängert wird. Die Verlängerung mit Italien soll dem Vernehmen nach schon etwas früher stattgefunden haben, wie es scheint, vorgestern. Da es sich Italien gegenüber nur um einen Vertrag der Weisbegünstigung handelt, ohne Einzelbestimmungen, so ist die Verlängerung für ein Jahr, also bis Ende 1880, vollzogen worden. (Die Nachricht hat sich inzwischen bestätigt. Die Red.)

Seit Fürst Gortschakoff die „Leitung der Geschäfte“

in Petersburg wieder übernommen hat, wird er vom Malheur verfolgt. Gewisse diplomatische Kreise sind boshaft genug, dem greisen Reichskanzler nicht weniger als drei Schlappen nachzurechnen, die er seit seiner Heimkehr erlitten. In Konstantinopel trat Fürst Gortschakoff Montenegro wegen drohend auf, wobei er nicht nur nicht einen Erfolg erzielte, sondern vielmehr die frühere russisch-türkische Intimität sehr erheblich erschütterte; ebenfalls Montenegro wegen beantragte er bei den Großmächten ein gemeinsames Einschreiten in Konstantinopel und erzielte eine allseitige Ablehnung; endlich drittens beantragte er eine Votschaster-Konferenz, die am goldenen Horn zusammentreten sollte, um die Ergebnisse sämtlicher Grenzregulirungs-Kommissionen zu sanktioniren, und auch damit drang er nicht durch, da außer Italien keine Macht einer solchen Konferenz auch nur im Prinzipie zugestimmt hat. Man sagt: die sich neuerdings häufenden Mißerfolge machen es begreiflich, daß sich der Glaube immer mehr befestigt, der greise Staatsmann werde doch nur provisorisch im Amte verbleiben.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 19. Dezember. [Die Seyffardt'sche Wahl. Prinz Wilhelm.] Es ist bereits bekannt, daß die Wahlprüfungs-Kommission aus eigener Initiative beschlossen hat, ihren auf Ungültigkeits-Erklärung der Wahl des Abgeordneten Seyffardt (Krefeld) gerichteten Beschluß einer nochmaligen Erwägung zu unterwerfen. Die Ungewöhnlichkeit eines derartigen Vorgangs deutet schon zur Genüge darauf hin, daß hier absonderliche Dinge im Spiel sind, und in der That ist die Angelegenheit nachgerade zu einer parlamentarischen Haupt- und Staatsaktion geworden; sie ist in hohem Grade bezeichnend für die Situation in dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus. Der auf Antrag eines klerikalen Mitgliedes unter Zustimmung der Konservativen in der Wahlprüfungs-Kommission gefasste Beschluß wurde bekanntlich damit motivirt, daß in Krefeld nicht so viel Wahlmänner gewählt worden seien, als sich ergeben würden, wenn man die Seelenzahl durch 250 dividirt, während nach dem Wahlgesetz auf je 250 Seelen ein Wahlmann kommen soll. Es ist alsbald in der Presse konstatiert worden, daß, wenn man die Wahlen verschiedener größerer Städte nach diesem Prinzip prüfen wollte, sie durchweg faßirt werden müßten. Aber nicht bloß so liegt die Sache; man kann weitergehen und behaupten, daß es nach dem neuesten Grundsatz der Wahlprüfungs-Kommission überhaupt noch niemals eine gültige Wahl in Preußen gegeben hat. Es ist absolut unmöglich oder würde jedenfalls nur durch einen merkwürdigen Zufall herbeigeführt werden, daß bei der Abgrenzung der Urwahlbezirke nirgends ein Gesamtüberschuß der Seelenzahl von mehr als 250 bliebe, welcher nicht durch einen Wahlmann vertreten ist. Es ist aber auch unbegreiflich, wie die Kommission zu ihrem Beschlusse gelangen konnte, da das Wahlreglement, welches das Wahlgesetz ergänzt, den in Krefeld, wie an vielen anderen Orten konstatierten Fall ausdrücklich vorsieht und legalisirt. Es ist ausdrücklich bestimmt, daß in jedem Urwahlbezirk ein Ueberschuß der Seelenzahl über 250, sogar wenn er sich bis auf 249 beläuft, außer Ansatz bleiben kann, indem nämlich angeordnet ist, daß kein Wahl-Bezirk weniger als 750 und mehr als 1749 Seelen umfassen soll, und daß erst, wenn das Maximum von 1750 Seelen erreicht ist, ein neuer Urwahlbezirk zu bilden ist. Diese Bestimmung des Wahlreglements ist so unzweideutig, daß man den Irrthum, in welchem die Majorität der Wahlprüfungs-Kommission sich befunden hat, nur mit ganz außerordentlicher politischer Voreingenommenheit erklären kann. In dem Einfluß, welchen diese geübt hat, liegt denn in der That die Bedeutung der ganzen Affaire. Der Landtagswahlkreis Krefeld ist der einzige am Rhein, welcher bei überwiegend katbolischer Bevölkerung sich bisher noch des ultramontanen Angriffs erwehrt hat, und zwar ist dies in erster Reihe das Verdienst des Abg. Seyffardt. Eben darum ist sowohl er, als der Wahlkreis Krefeld den Ultramontanen ein ganz besonderer Dorn im Auge. Vergebens haben sie dort einen ihrer angesehensten Führer, Herrn August Reichenperger als Kandidaten aufgestellt, der den Wahlkreis im Reichstag vertritt. Die besonderen Empfindungen des Zentrums in Bezug auf Krefeld aber würden eine so kompromittirende Bloßstellung desselben, wie die, zu welcher die klerikalen Mitglieder der Wahlprüfungs-Kommission sich haben hinreißten lassen, noch nicht herbeigeführt haben, wenn nicht die gegenwärtige allgemeine Stimmung des Zentrums dazu käme. Man muß gestern Herrn Röckerath über die elbinger Angelegenheit mit eben so viel Fanatismus, wie Uebermuth und Siegesgewißheit reden gehört haben, um zu ermessen, welche Gehässigkeit in den Reihen des Zentrums gegen den Liberalismus sich angesammelt hat, wie sehr man dort danach verlangt, dieser Stimmung eklatanten Ausdruck geben zu können, und wie bestimmt man bereits hofft, dazu auch wirklich in die Lage zu kommen. In der Wahlprüfungs-Kommission haben die Klerikalen offenbar die Gelegenheit hierzu antizipirt, sie konnten ihren Beschluß freilich nur dadurch fassen, daß sie die konservativen Mitglieder der Kommission mit sich forttrifften, aber das Verhältniß zwischen den Klerikalen und den Konservativen ist in den Fällen, in welchen die beiden Parteien zusammengehen, überhaupt das des Schiebens seitens der Ultramontanen und des Geschobenwerdens seitens der „großen konservativen Fraktion“. Dies ist naturgemäß in der Ueberlegenheit begründet, welche das Zentrum an Kapazitäten den Konservativen gegenüber besitzt. Man braucht nur die Namen Windthorst, Reichenperger, Schorlemer neben die Namen Rauchhaupt, Minnigerode und Wedell-Malchow zu nennen, um anzudeuten, wie sehr in dieser Beziehung die Konservativen den Klerikalen gegenüber im Nachtheil sind. Zu dem Seyffardt'schen Falle wird hoffentlich das Gerechtigkeitsgefühl der Konservativen und die Kraft der ganzen Vorgangs dahin wirken, daß das Zentrum seinen Willen nicht durch-

zusetzen vermag; im Allgemeinen aber ist es gut, sich zu vergegenwärtigen, daß das Recht der Minorität, sofern dieselbe einer klerikal-konservativen Mehrheit ad hoc gegenüber eine liberale ist, gegenwärtig in unseren Parlamenten stärker gefährdet erscheint, als seit langer Zeit. U. A. ist dies auch durch die Art und Weise, wie man gestern die Diskussion über die elbinger Angelegenheit geschlossen hat, bewiesen worden. — Der Unfall des Prinzen Wilhelm wird zwar, wie mit Bestimmtheit zu hoffen ist, vermöge der ausgezeichneten ärztlichen Hilfe, welche natürlich zur Verfügung steht, ohne üble Folgen für den vereinsigten deutschen Kaiser ablaufen; ärztlicherseits wird aber nicht verhehlt, daß die Verletzung eine schmerzhaft und daß sie derart ist, um einen ganz raschen Verlauf des Heilungsprozesses nicht erwarten zu lassen.

— Betreffs der Zollbehandlung von Petroleum und anderen Mineralölen beantragen die Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr beim Plenum des Bundesraths, daß in dem neuen amtlichen Waarenverzeichnis bei dem Artikel „Petroleum und andere Mineralöle“ nachstehendes bestimmt werde:

a) Petroleum (Rohpetroleum, raffiniertes Petroleum, Naphtha und andere Petroleumdestillate: 1) von 790, aber nicht mehr als 830 Dichtigkeitsgraden für 100 Kilo. 6 M. Zollsatz; 2) von mehr als 700, aber weniger als 790 oder von mehr als 830, aber höchstens 880 Dichtigkeitsgraden; a) Leuchtöl oder zur Leuchtölsfabrikation bestimmt 6 M.; b) zu anderen als den vorgenannten Zwecken bestimmt auf besondere Erlaubnis unter Kontrolle der Verwendung frei; 3) von nicht mehr als 700 oder von mehr als 880 Dichtigkeitsgraden frei; 4) Schmieröle, ohne Rücksicht auf den Grad der Dichtigkeit, frei; b) Steinkohlentheeröle: 1) Benzöl und ähnliche leichte Öle (Tolnöl, Xylöl) frei; 2) schwere Öle frei; c) Braunkohlentheer- und Torföle, wie Petroleum; d) Schieferöle ebenfalls wie Petroleum.

— Die Kartoffelausfuhr aus Deutschland ist nach den bis Ende Oktober vorliegenden Nachweisen in dem laufenden Jahre eine sehr bedeutende gewesen. Das Oktoberheft der deutschen Reichsstatistik giebt die Gesamtausfuhr auf 7,701,054 Zentner, und mit Ausschluß der Ausfuhr auf der Oberelbe nach Hamburg auf 6,989,827 Zentner gegen 5,843,802 Zentner im vorigen Jahre an. Allein im Monat Oktober sind 3,227,910 Zentner gegen 871,802 Zentner in 1878 ausgeführt worden. Die Kartoffelausfuhr ist nicht von besonderem Belang, es sind nur 579,202 Zentner hauptsächlich aus Oesterreich und Rußland eingeführt worden, während unsere Ausfuhr nach Westen geht.

— In Ergänzung der Nachricht, daß die Staatsregierung beabsichtige, einen Gesetzentwurf wegen Stempelfreiheit der in Betreff von Synagogen abzuschließenden Verträge vorzulegen, bemerken wir, daß die Veranlassung hierzu eine Petition gegeben hat, welche beim Abgeordnetenhaus in der vorigen Landtagsession eingegangen war. Nachdem damals bei den Verhandlungen in der Petitions-Kommission der Regierungskommissar anerkannt hatte, daß die Ausdehnung der nach § 3 i. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 der christlichen Kirchen bewilligten Stempelfreiheit auch auf die Synagogengemeinden eine Forderung der Billigkeit sei, beantragte die Kommission: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß auf dem Wege der Gesetzgebung sämtliche mit Korporationsrechten ausgestattete Religionsgesellschaften in Beziehung auf das Privilegium der Stempelfreiheit einander gleichgestellt werden.“

— Die wichtigsten Bestimmungen des (wie schon erwähnt) dem Bundesrathe vom Reichskanzler vorgelegten Entwurfs eines Regulativs, betr. die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken, gehen dahin: § 1. Für Branntwein, welcher innerhalb des Gebiets der Branntweinergemeinschaft zu gewerblichen Zwecken Verwendung findet, wird eine Vergütung der Steuer nach dem bei der Branntwein-Ausfuhr geltenden Satz unter den nachstehenden Bedingungen und Kontrollen gewährt. — § 2. Steuerfreier Branntwein darf zu allen gewerblichen Zwecken, ausgenommen die Verzehrung von 1. Seifen, 2. Parfümerien, 3. alkoholhaltigen Fabrikaten, welche zum menschlichen Genuß dienen oder dienen können, verwendet werden. Die hauptsächlichsten der demgemäß nach dem jetzigen Stande der Fabrikation zur Steuerfreiheit zugelassenen, beziehentlich davon ausgeschlossenen Gewerbe sind in einer besonderen Anlage angegeben. — § 3. Die Bewilligung der Steuervergütung ist dadurch bedingt, daß der Branntwein zuvor denaturirt, d. h. zum menschlichen Genuß untauglich gemacht worden ist. Die Denaturirung erfolgt durch Vermischung mit 10 pSt. Holzgeist, soweit nicht in § 24 für bestimmte Gewerbe eine andere Vermischung zugelassen ist. Fabrikanten, welche zu ihren Erzeugnissen theils mit 10 pSt. Holzgeist denaturirten (methyilirten), theils in anderer Weise denaturirten Branntwein verwenden, müssen die betreffenden Fabrikationen in getrennten Lokalisationen betreiben. — § 4. Personen, welche wegen Zuwiderhandlungen gegen die Abgabengesetze bestraft worden sind, können die in dem Regulativ vorgesehenen Vergünstigungen verjagt beziehungsweise entzogen werden. Es folgen dann von § 5 bis § 26 besondere Bestimmungen über Steuervergütung für den mit 10 pSt. Holzgeist denaturirten (methyilirten) Branntwein. § 27 bestimmt, daß Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Regulativs, soweit durch nicht eine andere Strafe verwirkt ist, nach § 3 und 4 des Gesetzes über die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken zur Verstrafung gezogen werden sollen. In den beigegebenen Motiven wird als Hauptaufgabe des Regulativs bezeichnet: einmal festzustellen, für welche Gewerbe nach dem jetzigen Stande der Fabrikation die Verwendung steuerfreien Branntweins zu gewährt, bzw. zu verjagen ist, sodann aber die Bedingungen und Kontrollen zu bestimmen, an welche die Bewilligung der Steuerfreiheit im Interesse der Abgabenerhebung geknüpft werden muß.

Locales und Provinzielles.

Posen, 20. Dezember.

r. Plöcker'scher Tod. Am Dienstag starb in dem Speichzimmer eines hiesigen Arztes ein Arbeitsmann aus Jernze, vier Stunden nach Einführung eines weichen Gummischlauches in die Speiseröhre behufs direkter Eingiehung einer Arznei in den Magen. Auf Veranlassung des Arztes hat die gerichtliche Section stattgefunden. Wie uns von unparteiischer sachverständiger Seite mitgetheilt wird, sieht jedenfalls soviel fest, daß die Manipulation des Arztes streng nach den Regeln der Kunst ausgeführt worden ist, auch die angewendete Arznei in vor-schriftsmäßiger Weise verschrieben war.

— Russische Desertere. Ende voriger Woche sind, laut der „Th. Ost. Ztg.“ von dem, in dem polnisch-russischen Städtchen Lipno garnisonirenden Gylaren-Regimente 16 Mann mit Pferd und Montirungsstücken desertirt. Sechs von den Desertereen sollen bereits die

preussische Grenze bei Leibitz überschritten haben. Dieserhalb sind jetzt dorthin ca 200 Mann Kosaken kommandirt, welche Tag und Nacht die Grenze abpatrouilliren. Sie haben aber bis jetzt noch keinen der Deserteure ergriffen. Gleichzeitig sind an demselben Tage drei schwere Verbrecher aus dem Gefängnis in Lypno ausgebrochen und entflohen, ohne daß es bisher gelungen wäre, ihrer habhaft zu werden. Es kommt übrigens häufig genug vor, daß russische Kavalleristen mit ihren Pferden nach Preußen desertiren und daselbst ihre Pferde verkaufen.

Kohlennoth in Polen. Aus russisch-Polen wird der Thron. Stg. mitgetheilt, daß daselbst vielfach ein recht empfindlicher Mangel an Kohlen sich fühlbar zu machen beginnt. Die Schuld daran wird der Warschau-Wiener Bahn zugeschrieben, welche angeblich die Kohlenbeförderung nicht prompt und regelmäßig genug betreiben soll. Namentlich aus Lodz kommen Klagen über den Kohlenmangel, welcher in dieser bedeutenden Fabrikstadt doppelt schädlich wirkt und bereits eine bedeutende Steigerung der Kohlenpreise zur Folge gehabt hat.

Mogilno, 16. Decbr. [Viehkrankheiten. Polnischer landwirthschaftlicher Verein. Kreistag.] Der hiesige Kreis ist dieses Jahr ausnahmsweise stark von Viehkrankheiten heimge sucht; nicht nur daß die Schafpöden fast allgemein aufgetreten sind, ist auch in den Ortschaften Ostrowiec und Westelbe unter dem Rindvieh der Milzbrand ausgebrochen. — Am 15. d. M. hielt der polnische landwirthschaftliche Verein hier eine Sitzung, in welcher der Nittergutsbesitzer v. Skrzydlewski auf Dzierzno einen Vortrag über das Impfen der Schafpöden bei den Schafen hielt. Die Mehrheit der Versammlung war nach den gemachten Erfahrungen gegen die Schutzimpfung, und einen höchst eklantanten Fall für diese Ansicht brachte der hiesige Großgrundbesitzer Janowski zur Sprache, der durch die von dem Kreisthierarzt auf Anrathen des letzteren ausgeführte Schutzimpfung von 300 Schafen 80 Stück verloren habe, ohne sich irgend eines Verzeichnisses bei der Pflege der Thiere bemerkt zu sein, da dieselben gar nicht aus dem Stalle gekommen sind und vorher kräftig und gesund waren. Vor dem Impfen waren von dieser Herde 200 Stück in die Nachbarschaft abgegeben worden, und obgleich sie nicht geimpft wurden, waren sie gesund geblieben. — Am 18. d. Mts. findet hier ein Kreistag statt. Auf der Tagesordnung stehen u. A. die freisündlichen Wahlen zur Prüfung der Kreis- und Kommunal-Rechnungen und Sparkasten-Rechnungen zc., die Wahl von Schiedsmännern und die Feststellung des Kreis-Kommunal-Stats pro 1880/81.

Aus dem Gerichtssaal.

—**P. Posen, 17. December.** [Schwurgericht.] In der Sitzung vom 16. December hatte sich der Schwurgerichtshof mit einer ziemlich umfangreichen Anklagebesetzung beschäftigt. Auf der Anklagebank befand sich ein bereits hochbetagtes Ehepaar aus Schwertzen, die Handelsmann Bernhard und Liechen d. Sohn'sche Eheleute, welche sich eines bisher strafgesetzmäßig unbescholtenen Lebenswandels zu erfreuen hatten, sich nunmehr aber gegen die Beschuldigung der vorsätzlichen Brandstiftung resp. der Anstiftung dazu und des versuchten Betruges zu verantworten hatten. Die angeschuldigte Ehefrau Liechen Cohn speziell wird angeklagt, am 17. April 1879 zu Schwertzen in betrügerischer Absicht ein gegen Feuergefahr versichertes, zur Wohnung von Menschen dienendes Gebäude vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben; dem Bernhard Cohn aber wird die Anklage vor, seine Ehefrau zu der von ihr begangenen vorgedachten That durch Zureden und Willigung vorsätzlich bestimmt zu haben. Beide Eheleute aber werden außerdem beschuldigt, in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, den Entschluß, das Vermögen der deutschen Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin dadurch zu beschädigen, daß sie durch Vorspiegelung falscher Thatfachen einen Irrthum erregten, durch Handlungen betätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausführung dieser That enthielten. Am 17. April d. J. kam in der fünften Morgenstunde in dem den angeschuldigten Eheleuten gehörigen Hause zu Schwertzen eine Feuersbrunst zum Ausbruch, welche binnen kurzer Zeit den ganzen Dachstuhl verzehrte. Dem Weiterumfassen des Feuers wurde durch die Bemühungen des zahlreich zur Unterstützung herbeigeeilten Publikums ein schnelles Ende bereitet, so daß der übrige Theil des Hauses nur einbüßigen Aufes vor den Flammen gerettet wurde. Durch diesen Brand war eine ganze Anzahl von dicht angrenzenden Wohnhäusern, Holzschuppen und ausgestapelte Vorräthe von Baumaterialien, welche in geringer Entfernung lagerten, im höchsten Grade bedroht und sogar wirklich beschädigt worden, da in dem nächsten Nachbarhause mehrere Giebel Fenster in Folge der hohen Feuersgluth zerprangen und der Mauerputz in nicht unbedeutenden Quantitäten herunterfiel. Da die allgemeine Stimme des Volkes das angeklagte Ehepaar als die Urheber des Brandes bezeichnete und auch sonstige belastende Momente den Verdacht auf dieselben hinlenkten, so wurde gegen die beiden angeschuldigten Eheleute die Untersuchung eröffnet. Ein für die Angeeschuldigten höchst gravirender Umstand war unter anderen der, daß der Theil des Hauses, von welchem a. s. durch das Hausflur der Bodenraum zugänglich war, nur von der Cohn'schen Familie bewohnt und daß die zur Cohn'schen Wohnung führende Hausthür am Morgen des Brandes, gleich nach Ausbruch desselben, verschlossen vorgefunden wurde. Die angeschuldigten Eheleute verwickelten sich bei ihren wiederholten Vernehmungen in die auffälligsten Widersprüche. Gleich bei ihrem ersten polizeilichen Verhör erklärten sie dem betreffenden Beamten, dem Bürgermeister von Schwertzen gegenüber übereinstimmend, daß sie ungefähr um 9 Uhr Abends sich bereits zu Bett begeben hätten, nachdem die Hausthür vorher noch fest verschlossen worden wäre. Kurz vor Tagesanbruch wären sie beide plötzlich durch ein auffälliges, anhaltendes Klopfen auf dem Boden, das sie anfänglich für ein Ein- und Verlaufen von Ratten gehalten hätten, aus dem Schlafe geweckt worden, wären aber, da dies sonderbare Geräusch nicht nachlassen wollte, sondern im Gegentheil immer stärker geworden wäre, so daß sie schließlich sogar glaubten, es käme jemand langsame Schritte die Bodentreppe heruntergeschlichen, zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß Diebe in das Haus eingebrochen wären. Dies hätte die Frau Liechen Cohn veranlaßt, schleunigst aus dem Bette zu springen, um sich durch den Augenblick von der Ursache dieser nächtlichen Störung zu überzeugen. Kaum hätte sie sich aber die nöthigsten Kleidungsstücke übergeworfen, als auch schon ein fremder Mann unter dem lauten Ruf: „Leute steht auf, das Haus brennt!“ heftig an die Fenster ihrer Wohnung geklopft hätte. Jetzt wäre sie, den Unterrock noch in der Hand haltend, in's Hausflur geeilt und hier hätte sie sofort an dem überaus hellen Feuerzeichen, der ihr von dem Boden aus entgegenstrahlte, gemerkt, daß der Dachstuhl des Hauses in vollen Flammen stehen müsse. Nunmehr hätte sie schleunig die noch fest verschlossene Hausthür geöffnet und draußen auf der Straße den Feueruf ertönen lassen. Im Widerspruche mit diesen Angaben hat der Zeuge, Müllergeheile Bretschneider bekundet — das war der Mann, welcher an das Fenster der Cohn'schen Wohnung geklopft haben soll — daß er letzteres durchaus nicht gethan hätte, sondern sofort in die offensichtlich Hausthür eingetreten wäre, und hier die Frau Liechen Cohn halbangekleidet angetroffen hätte. Letztere ließ sich bezüglich der äußeren Veranlassung des Feuers dahin aus, daß sie sich die Entstehungsursache des Brandes nicht anders erklären könne, als daß jemand von außen auf das niedrige Dach gelangt und durch eine Oeffnung in der Wand das Feuer angelegt hätte. Das Cohn'sche Haus war in der Provinzial-Feuer-Versicherung mit 1800 Mark, das Mobiliar dagegen mit 2280 Mark versichert. Im Laufe des Monats Februar d. J. beantragten die Angeeschuldigten eine Erhöhung der Mobiliarversicherungs-Summe um 600 Mark, wurden aber von der vorgenannten Feuerversicherungs-Gesellschaft abschlägig beschieden. Einen Tag nach dem Brande ließ sich Bernhard Cohn durch den Fuhrmann Guttmann eine Liquidation und Nachweisung der durch den Brand zerstörten resp. beschädigten Gegenstände ausstellen, worin er

den Gesamtwert der selben auf ungefähr 950 Mark angab und versicherte, daß dieselben sich sämmtlich zur Zeit des Feuers auf dem Boden befunden hätten. Die Angeklagten verwickelten sich aber später bei ihren polizeilichen und gerichtlichen Vernehmungen bezüglich ihrer Angaben über die verbrannten und geretteten Gegenstände in zahlreiche Widersprüche. Die Unwahrheit derselben wurde außerdem durch die Aussagen verschiedener Zeugen konstatirt. Die Vertheidigung, welche die Herren Rechtsanwalt v. Jazdzewski und Justizrath Tschulke führten, plädirten auf Nichtschuld. Die Geschwornen verneinten die Frage bezüglich der Brandstiftung zu Gunsten beider Angeklagten, bejahten aber die Frage nach dem versuchten Betrüge. Das Urtheil, welches demgemäß der Gerichtshof fällte, lautete für beide Angeeschuldigte auf 6 Monate Gefängnis mit Abzug von je 4 Monaten Untersuchungshaft und je 500 Mark Geldbuße. — Die letzte am Mittwoch anstehende Verhandlung wegen Mordes gegen den Wirthssohn Julius Gringer und Genossen mußte wegen plötzlicher Erkrankung des einen Herrn Vertheidigers vertagt werden.

Staats- und Volkswirtschaft.

Köln, 18. December. [In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Rheinischen Eisenbahn] theilte zunächst der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrath Mevius, das Resultat der mit den Regierungskommissaren gepflogenen Verhandlungen mit und erklärte, daß die Direktion der Bahn an den in dem Berichte vom 25. Oktober niedergelegten Anschauungen festgehalten und auf Gewährung einer Rente von 7 Proz. bestanden habe. Alle Bemühungen seien indeß erfolglos gewesen, der Minister habe alle Anträge abgelehnt. Nachdem alle Vorschläge der Direktion auf bessere Bedingungen geachtet seien, wolle die Direktion neutral bleiben. Es werden sodann zwei Reskripte des Ministeriums des Inhalts verlesen, daß die Annahme eines Amendements als Ablehnung des Vergleichs angesehen werde, ferner wurde erläutert, daß sich die Vergütung von 30 Mark für 8 Aktien zusammen vortheile und eine Aenderung unmöglich sei. Der Regierungs-Kommissar Ditmar verliest hierauf ebenfalls eine Mittheilung des Ministers, daß keine Aenderung der Proposition statthalt sei. Der Antrag Behrens und Söhne und Genossen, sowie der Antrag des Schaaffhausen'schen Bankvereins, der auf 6½ Proz. Rente und 30 M. Vergütung auf 4 Aktien lautete, wurden nach längerer Diskussion abgelehnt und der Regierungsentwurf mit 102,088 gegen 27,366 Stimmen angenommen. Die Dreiviertel-Majorität der abgegebenen Stimmen betrug 97,089 Stimmen.

Paris, 18. December. Bankausweis. Zunahme.

Baarvorrath	7,651,000 Frks.
Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen	9,307,000 „
Gesamt-Vorschuße	705,000 „
Notenumlauf	2,373,000 „
Guthaben des Staatschazes	3,588,000 „
Laufende Rechnungen der Privaten	1,039,000 „

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 18. December. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Bukarest gemeldet, der neu ernannte Gesandte Italiens sei am 16. d. daselbst eingetroffen und werde dem Fürsten heute sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Paris, 18. December. Die Deputirtenkammer nahm im Fortgang der Sitzung einen Antrag des Deputirten Perin (radikal) an betreffend die Ernennung einer Kommission zur Vornahme einer Untersuchung über das Disziplinär- und Strafsystem in Neufaleonien.

Briefkasten.

Ein alter Abonnent, Gnesen. Ihre Annahme ist richtig. Die Marktpreisnotirungen der kaufmännischen Vereinigung umfassen den gesamten Großhandel, wie er sich am Markte und auf den Bahnen abspielt. Die Polizeinotirung fußt dagegen auf dem Kleinhandel am sogenannten Bauernmarkte.

Verantwortlicher Redakteur: v. Bauer in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 19. Dez. (Schluß-Course.) Sehr günstig. Lond. Wechsel 20.36. Pariser do. 80.70. Wiener do. 172.90. R.-M.-St.-M. 145. Rheinische do. 155½. Hess. Ludwigsb. 88½. R.-M.-Pr.-Anth. 131½. Reichsanl. 98½. Reichsbank 154½. Darmst. 148. Meiningen B. 84½. Dtsch.-ung. Wf. 725.50. Kreditaktien*) 246½. Silberrente 60½. Papierrente 59½. Goldrente 70. Ung. Goldrente 82½. 1860er Loose 126½. 1864er Loose 295.70. Ung. Staatsl. 195.50. do. Stb.-Obl. II. 74½. Böhm. Westbahn 176½. Elisabethb. 154. Nordwestb. 126½. Galizier 210½. Franzosen*) 234. Lombarden*) 68. Italiener —. 1877er Russen 88½. II. Orientanl. 58½. Zentr.-Pacific 107½.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 247. Franzosen 235½. II. Orientanleihe —. Galizier 210½. Ungarische Goldrente 83, 1860er Loose —.

Frankfurt a. M., 19. December. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 247½. Franzosen 235½. Lombarden 68½. 1860er Loose 126½. Goldrente 70½. Galizier 210½. Silberrente —. Dtsch. Papierrente —. Ungar. Goldrente 83½. II. Orientanleihe 58½. III. Orientanleihe —. 1877er Russen —. Sehr fest.

Wien, 19. December. (Schluß-Course.) Spekulationspapiere durch Realisirungen mäßig abgeschwächt, Renten vernachlässigt, Bahnen behauptet, Galizier und Franzosen steigend.

Papierrente 68,62½. Silberrente 70,20. Dtsch. Goldrente 80,80. Ungarische Goldrente 95,85. 1854er Loose 125,00. 1860er Loose 131,00. 1864er Loose 166,75. Kreditloose 178,50. Ungar. Prämienl. 106,10. Kreditaktien 285,40. Franzosen 270,90. Lombarden 78,75. Galizier 244,10. Kasch.-Dob. 114,70. Pardubitzer 112,00. Nordwestbahn 145,20. Elisabethbahn 178,00. Nordbahn 2305,00. Desterreich-ungar. Bank 840,00. Türk. Loose 15,70. Unionbank 97,60. Anglo-Austr. 138,50. Wiener Bankverein 140,80. Ungar. Kredit 265,30. Deutsche Wäke 57,15. Londoner Wechsel 116,80. Pariser do. 46,30. Amsterdamer do. 96,55. Napoleons 9,31½. Dukaten 5,52. Silber 100,00. Marknoten 57,77½. Russische Banknoten 1,21½.

Wien, 19. December. Nebenbörse. Kreditaktien 287,60. Franzosen 272,75. Galizier 244,00. Anglo-Austr. 139,40. Lombarden 79,00. Papierrente 68,70. Dtsch. Goldrente 80,90. Ungar. Goldrente 96,40. Marknoten 57,75. Napoleons 9,31. 1864er Loose —. Dtsch. ungar. Bank —. Amirt.

Florenz, 19. December. 5 pSt. Italienische Rente 91, 52. Gold 22, 64.

Paris, 19. December. (Schluß-Course.) Sehr fest. 3 Proz. amortisirt. Rente 83,60. 3 Proz. Rente 81,40. Anleihe de 1872 115,17½. Italien. 5 Proz. Rente 81,50. Dtsch. Goldrente 70½. Ung. Goldrente 85½. Russen de 1877 92½. Franzosen 595,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 171,25. Lombardische Prioritäten 257,00. Türken de 1865 9,70.

Credit mobilier 630. Spanier ext. 15½. do. inter. 14½. Suczafanal-Aktien 715. Banque ottomane 516. Societe generale 555. Credit foncier 1048. Egypter 256. Banque de Paris 865. Banque d'escompte 815. Banque hypothecaire 670. III. Orientanleihe 59½. Türkenloose 33,57. Londoner Wechsel 25,24.

Paris, 19. December. Boulevard-Verkehr. 3 Proz. Rente 81,00. Anleihe von 1872 114,75. Italiener 80,70. Türken 9,65. Türkenloose —. Dtsch. Goldrente —. ungar. Goldrente 84½. III. Orientanleihe 59½. Egypter 252,50. Spanier ext. —. 1877er Russen 92½. Banque otomane 514,37½. Geschäftlos.

London, 19. Decbr. Consols 97½. Italien. 5 Proz. Rente 80½. Lombarden 6½. 3 Proz. Lombarden alte 10½. 3 Proz. do. neue 10. 5 Proz. Russen de 1871 86½. 5 Proz. Russen de 1872 86½. 5 Proz. Russen de 1873 85½. 5 Proz. Türken de 1865 9½. 5 Proz. fundirte Amerikaner 106. Dtsch. Silberrente —. do. Papierrente —. ungar. Goldrente 84½. Dtsch. Goldrente 69½. Spanier 15½. Egypter 50½. Plazdisfont 2½ pSt.

Petersburg, 19. December. Wechsel auf London 25½. II. Orientanleihe 90½. III. Orientanleihe 90.

Newyork, 18. Decbr. (Schlußkurs.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81½. Wechsel auf Paris 5,22. 5 pSt. fundirte Anleihe 103½. 4 pSt. fundirte Anleihe von 1877 103½. Erie-Bahn 41½. Central-Pacific 111½. Newyork Centralbahn 127½.

Produkten-Course.

Hamburg, 19. December. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen per Dez.-Jan. 230 Br., 229 Gd., per April-Mai 238 Br., 237 Gd. Roggen per Dezember-Januar 168 Br., 167 Gd., per April-Mai 168 Br., 167 Gd. Hafer still, Gerste still. Mühl still, loco 57½, per Mai 58. Spiritus fest, per Dezember 53½ Br., per Dezember-Januar — Br., pr. Januar-Februar 52½ Br., per April-Mai 50½ Br., Mai-Juni 50½ Br. Raffee stetig. Umsatz 1500 Sack. — Petroleum flau, Standard white loco 8,10 Br., 8,00 Gd., per Dezember 8,10 Gd., per Januar-März 8,25 Gd. — Wetter: Frostig.

Marktpreise in Breslau am 19. December 1879.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	guter		mittlere		geringe Waare	
	höchster	niedrigster	höchster	niedrigster	höchster	niedrigster
Weizen, weißer	22 10	21 70	21 —	20 40	20 —	19 20
Weizen, gelber	21 20	21 —	20 40	20 —	19 60	18 60
Roggen, pro 100	17 —	16 70	16 40	16 10	15 90	15 50
Gerste	17 —	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer, Kilog.	13 80	13 60	13 20	13 —	12 80	12 40
Erbsen	19 50	18 80	17 70	17 30	16 50	15 70
Pro 100 Kilogramm						
Raps	22 —	21 75	21 —	20 75	20 —	19 25
Rüben, Winterfrucht	22 —	21 —	21 —	20 —	19 —	18 —
Rüben, Sommerfrucht	22 —	21 —	19 75	19 —	18 —	17 —
Dotter	21 —	20 —	19 —	18 —	17 —	16 —
Schlagleinfaat	25 —	24 50	23 50	23 —	22 —	21 —
Samfaat	17 —	16 —	15 —	14 —	13 —	12 75

Kleesamen, schwächer angeboten rother feine Qualitäten sehr fest per 50 Kilogr. 45—50—53 M., weißer gut gefragt per 50 Kilogr. 49—58—70—76 M., hochfeiner über Notiz bezahlt.

Rapskuchen, behauptet, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremde 6,10—6,30 M.

Leinsamen, ohne Aenderung, per 50 Kilo 9,70—9,90 M.

Lupinen, schwache Kauflust, per 100 Kilogr. gelbe 7,80—8,40—8,90 M. blaue 7,60—8,20—8,60 M.

Thymothee, behauptet, per 50 Kilogr. 19—22 M.

Bohnen, gut gefragt, per 100 Kilogramm 20,00—21,00—21,50 M.

Maïs, behauptet, per 100 Kilogr. 14,00—14,50—15,20 Mark.

Weiden, ohne Angebot, — per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 Mark.

Kartoffeln: per Sack (2 Neuschefel a 75 Kilogr. Brutto = 150 Pfd.) beste 3,00—3,50—4,50 M. geringere 2,50—3,00 M., per Neuschefel (75 Pfd. Brutto) beste 1,50—1,75—2,25 M. geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,15 Mark.

Heu: per 50 Kilogr. 2,60 bis 3,00 M.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 20,00—22,00 M.

Rehl: in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen feinst 31—32 M. — Roggen feinst 27,00 bis 28,00 M. Haubaden 26,00 bis 27,00 M., Roggen = Futtermehl 10,20—11,00 M., Weizenkleie 9,50 bis 10,00 M.

Wetterbericht vom 19. December

8 Uhr Morgens.

Ort.	Barometer a. 0 Gr. nach dem Meeresniveau in Millimeter.	Wind.	Wetter.	Temper. in Celsius-Graden.
Aberdeen	776,5	SW leicht	wolkenlos	0,6
Kopenhagen	780,2	SW leicht	bedeckt	0,8
Stockholm	777,6	SW leicht	wolkenlos	— 3,2
Daparaunda	756,5	SW mäßig heiter	—	0,6
Petersburg	773,5	WNW still	halb bed.	—13,3
Moskau	766,8	WNW still	wolkenlos	—12,8
Coif	777,2	SW schwach	bedeckt ¹⁾	— 6,1
Brest	773,3	D mäßig	wolkenl. ²⁾	— 1,2
Gelder	778,5	WD still	Nebel	— 0,4
Eylt	779,8	WS leicht	Nebel	— 2,1
Hamburg	780,1	SD leicht	Nebel	— 1,3
Ewinemünde	780,7	still	Nebel	— 3,7
Neufahrwasser	780,1	still	bedeckt	0,7
Memel	778,1	N leicht	halb bed. ³⁾	— 1,1
Paris	774,8	ND still	wolkenlos	— 1,1
Krefeld	fehlt	—	—	—
Karlshöhe	775,2	ND leicht	halb bedeckt	— 9,2
Wiesbaden	776,3	S still	heiter	—10,3
Rafel	776,1	WNW still	wolkenlos	— 8,1
München	774,1	D leicht	Dunst	—16,8
Leipzig	780,4	still	Nebel ⁴⁾	— 7,4
Berlin	778,8	D still	bedeckt	0,1
Wien	776,4	WS leicht	bedeckt	— 7,9
Breslau	779,1	N still	bedeckt ⁵⁾	— 2,9

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ Seegang leicht. ³⁾ Seegang leicht. ⁴⁾ Nachts etwas Schnee.

Uebersicht der Witterung.

Das Maximum des Luftdrucks liegt bei trübem, stark nebligem Wetter über Norddeutschland, während das barometrische Minimum noch immer im hohen Norden lagert. Außer im Kanal, wo frische östliche Winde herrschen, ist über ganz Mittel-Europa die Luftbewegung sehr schwach, vielfach herrschen Windstillen. Die Temperatur ist im Nordosten wieder beträchtlich gesunken, dagegen über Deutschland meist gestiegen, jedoch herrscht im Binnenlande noch strenge Kälte. Der Nordwesten ist andauernd mild. Nizza: Nordnordwest, schwach, wolkenlos, 5 Grad. Deutsche Seewarte.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Decemb. Weizen pr. 1000 Kilo loco 200-240 M. nach Qualität gefordert. Gelber Markt. - M. ab Bahn bezahlt F. gelber Schleißer - M. ab Bahn bez., per Dezember 230-229 bez., per Dezember-Januar 250-225 bez., per April-Mai 238-236 bez., per Mai-Juni 239-238 bez. Gefündigt 4000 Centner. Rindungspreis 230 M. - Roggen pr. 1000 Kilo loco 169-178 M. nach Qualität gef., russischer 169 ab Boden bez., inländischer 172-176 ab Boden bez., per Dezember 169 bez., per Dezember-Januar 169 bez. per Januar-Februar 169 bez., per April-Mai 175-174 bez. u. Gd., 175 Br., per Mai-Juni 173 bez. Hafer loco 130-155 M. geford. Ost- und Westpreussischer 138-143, russischer 137-141. Sommerer und Mäckenburger 142-145 ab Bahn bez., per Dezember 144 M., per Dezember-Januar - M., per April-Mai 150 M., per Mai-Juni 152 M. - Gerste loco 137-200 per 1000 Kilo. - Mais loco 153 bis 158 M. gefordert. - Erbsen loco Futterwaare per 1000 Kilo 162-172 M. Rostwaare 173-210 M. - Weizen mehl per 100 Kilo brutto 00: - M. 0: 30,29 M. 01: 29,27 00 M. incl. Roggen mehl inkl. Sack 0: 25,50-24,50 M., loco per 100 Kilo 01: 24,25-23,50 M., Mai-Juni 24,50-24,55 M., Dezember 24,20 bez., Dezember-Januar 24,20 bez., per Januar-Februar 24,25 bez., Februar-März 24,40 bez., März-April - bez., per April-Mai 24,50 bez., Mai-Juni - bez., Gefündigt 1000 Centner. Regulierungspreis 24,20 bez. - Delfaat per 1000 Kilo Winter-Mais 235-244 M., Dezember-Januar - bez., Januar-Februar - bez., Winter-Mais 230-240 M., Dezember-Januar - bez., Januar-Februar - bez., - Kübel per 100 Kilo loco ohne Fass 54,0 M., flüssig - Markt, mit Fass 54,4 M., per Dezember 54,0 M., per Dez.-Januar 54,0 bez., per Januar-Februar 54,0 bez., per Febr.-März - M. bez., per April-Mai 55,2-55-55,1 M. bez., per Mai-Juni

55,6 bez. - Leinöl loco 67,0 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 25,5 M. bez., Dezember 25,5-25,2 bez., per Dezember-Januar 25,5-55,2 bez., Januar-Februar 25,5-25,2 bez., Februar-März 26,00 M. bez., per März-April 26,00 M. bez. - Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - bezahlt - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 60,9-60,8 M. bez., per Dezember 61,3-60,7 bez., per Dezember-Januar 60,8-60,3 bez., Februar 60,9-61,1 bez., April-Mai 62,4-61,7 bez., per Mai-Juni 62,6-61,8-61,9 bez. Gefündigt - Liter. Regulierungspreis für die Kündigung - bez.

Stettin, 19. Decemb. (An der Börse.) Wetter: schön. Temperatur 0° N., Barom. 29. Wind: Ost. - Weizen mehlend, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 215-226 M., weißer 215 bis 228 M., per Dezember 224 M. nom., per Frühjahr 234-231 M. bez. - Roggen mehlend, per 1000 Kilo loco inländischer 166-170 M., russischer 163 bis 165 M., per Dezember 163,5 M. nom., per Frühjahr 167-166,5 M. bez., per Mai-Juni do. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco Brau-144-154 M., Futter- - M., Chevalier 165 bis 170 M. - Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco inländischer 132 bis 142 M. - Erbsen ohne Handel, per 1000 Kilo loco 215 bis 238 M., per April-Mai 247 M. bez., per September-Oktober 260 M. Br. - Wintererbsen per 1000 Kilo loco 220 bis 240 M. bez. - Kübel unverändert, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten, flüssiges 55,5 M. Br., per Dezember 53,5 M. bez. und Gd., 54 M. Br., per April-Mai 56 M. Br., 55,5 M. Gd. - Spiritus. Anfangs höher, Schluss matt, per 10,000 Liter pEt. loco ohne Fass 60,1 M. bez., per Dezember, Dezember-Januar und per Januar-Februar 59,7 M. Br., per Frühjahr 61,8-61,5 M. bez., per Mai-Juni 62,2 bez. u. Br. - Angemeldet: 10,000 Liter Spiritus. - Regulierungspreise: Weizen 224 M., Roggen 163,5 M.,

Kübel 53,5 M., Spiritus 59,7 M. - Petroleum loco 8,75-8,5 tr. bez., Regulierungspreis 8,5 M. (Office-Stg.)

Bromberg, 19. Decemb. (Bericht von M. B. Zippert.) Wetter: gelinder Frost, morgens - 4 Grad. Weizen: unverändert, geringe Kauflust 170-215 M. feinsten über Notiz. Roggen: etwas fester, 150-157 M. feinsten über Notiz bezahlt. Hafer: unverändert, 125-142 M. Gerste: vernachlässigt, nur in feiner Waare beachtet, 140-156 M., feine Brauwaare über Notiz, kleine 130 bis 140 M. Obige Preise werden von hiesigen Getreidehändlern per 1000 Kilo bezahlt. Spiritus: 58 M. per 10,000 Liter pEt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Datum.	Stunde.	Barometer 260 über der Office.	Thermometer.	Wind.	Wolkform.
19. Dez.	Nachm. 2 28"	6""53	4°4	S	0-1 bedeckt Nb.
19. "	Abnds. 10 28"	6""55	4°5	WSW	0 bedeckt Nb.
20. "	Morgs. 6 28"	5""99	5°6	W	0-1 bedeckt Nb.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Dezember Mittags 1,32 Meter.
" " 19. " " 1,32 "

Berlin, 19. Decemb. Der heutige Verkehr eröffnete wiederum aufregt; die steigende Bewegung machte auf's Neue große Fortschritte und dehnte sich über weitere Gebiete aus. Laurahütte und Dortmund Union wurden sofort um 1-2 Prozent heraufgesetzt, lebhaft gehandelt und durch Gewinnfortschritten zu Kurssteigerungen veranlaßt. Daneben aber bedangen Kreditaktien sofort 4 Markt, Diskontokommandit-Antheile 1 Prozent mehr, und Oberschlesische, welche wieder an den Staat verkauft werden sollten, ferner Mainzer (Dividende auf 4 Prozent erhöht), mecklenburger und schlesische Devisen schlossen sich der Haufe an. Deutsche Banknoten waren steigend, Ru-

mänier sehr fest! Vom Bergwerks-Aktien-Markt verlautete bei Eröffnung, daß großartige Kaufaufträge für einzelne Aktien vorlägen, so namentlich für Donnersmarchhütte, deren Dividende 3½ Prozent betragen soll. Besonders gute Meinung bestand auch heute für Stamm-Prioritäten, Berlin-Dresdener und Görlitzer an der Spitze. Dagegen blieben internationale Werthe vernachlässigt, österreichisch-ungarische Renten wenig verändert und still, österreichische Loose vom Jahre 1860 besser. Russische Anleihen schwach, Noten matt. Gegen baar gehandelte Aktien lagen zwar recht fest, aber waren nur vereinzelt belebt. - Industriewerthe und Banken bevorzugt. Anlagenerthe erlitten bei

stillen Geschäft nur geringe Veränderungen; ausländische Eisenbahn-Obligationen waren etwas mehr beachtet, namentlich ungarische Ostbahn und Dur-Bodenbach. Die steigende Bewegung machte unter geringfügigen Schwankungen namentlich in den Aktien der Laurahütte weitere Fortschritte; auch Franzosen lagen sehr fest, nur die russischen Papiere blieben schwach. - Per ultimo notierte man Franzosen 467-471,50, Lombarden 135-137-136,50, Kredit-Aktien 496,50 bis 497-496-497,50, Diskontokommandit-Antheile 188,10-187,90 bis 188,90 bis 188,50. Höher zog 21, Donnersmarchhütte 7 pEt. an. Der Schluss war sehr fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 19. Dezember 1879.
Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,25	b3
do. neue 1876	4	97,40	b3
Staats-Anleihe	4	97,60	b3
Staats-Schuldich.	3½	95,60	b3
Do.-Deichb.-Obl.	4½	102,80	b3
Verl. Stadt-Obl.	3½	92,10	b3
do. do.	3½	92,10	b3
Schldo. d. B. Rm.	4½		
Pfandbriefe:			
Berliner	4½	102,70	b3
do.	5	106,20	b3
Landsch. Central	4	97,60	b3
Rur- u. Neumark.	3½	91,50	b3
do. neue	3½	89,25	b3
do. do.	4	98,00	b3
do. neue	4½	102,50	b3
N. Brandbg. Cred.	3½	87,10	b3
Dispreussische	4	96,90	b3
do.	4½	103,00	b3
Pommersche	3½	87,40	b3
do.	4	97,60	b3
do.	4½	102,80	b3
Posenische, neue	4	98,00	b3
Schlesische	4	97,00	b3
Schlesische	3½		
do. alte A. u. C.	4½	87,40	b3
do. neue A. u. C.	4½	97,00	b3
Westpr. ritterich.	3½	101,90	b3
do.	4		
do. II. Serie	5		
do. neue	4½	101,90	b3
Rentenbriefe:			
Rur- u. Neumark.	4	98,50	b3
Pommersche	4	98,30	b3
Posenische	4	98,00	b3
Preussische	4	98,20	b3
Rhein- u. Westfal.	4	98,70	b3
Schlesische	4	98,70	b3
Schlesische	4	99,70	b3
Souvereignes		20,38	G
20-Francstücke		16,13	B
do. 500 Gr.			
Dollars		4,18	b3
Imperials		16,67	G
do. 500 Gr.		139,25	G
Fremde Banknoten			
do. einlösb. Leipz.		80,80	b3
Franzöf. Banknot.		173,45	b3
Deuterr. Banknot.			
do. Silbergulden		211,35	b3
Russ. Noten 100 Rubl.			
Deutsche Fonds.			
R.-M. v. 55 a 100 Th.	3½	145,00	b3
Hess. Pr. v. 40 Th.	4	267,60	b3
Bad. Pr. v. 67.	4	132,50	b3
do. 35 fl. Obligat.	4	175,50	b3
Bair. Präm.-Anl.	4	133,70	b3
Braunsch. 20 Rthl.-S.	4	91,00	b3
Brem. Anl. v. 1874	4½		
Cöln-Md.-Pr.-Anl.	3½	131,60	b3
Deff. St. Pr.-Anl.	3½	124,60	G
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	115,00	b3
do. II. Abth.	5	113,25	b3
Gd. Pr.-M. v. 1866	3	189,00	B
Lübecker Pr.-Anl.	3½	180,00	b3
Mecklenb. Eisenb.-S.	3½	90,00	b3
Meininger Loose	4	25,40	b3
do. Pr.-Pfdbr.	4	117,60	b3
Oldenburger Loose	3	150,00	b3
D.-G.-B.-Pfd110	5	103,70	b3
do. do.	4½	98,50	b3
Dtsch. Hypoth. unkf.	5	101,75	b3
do. do.	4½	98,60	b3
Mein. Hyp.-Pfd.	5	101,25	G
Ardd. Order-S.-M.	5	98,50	b3
do. Hyp.-Pfdbr.	5	95,75	b3

Bomm. S.-B. I. 120 5	102,00	B
do. II. IV. 110 5	99,00	G
Bomm. III. rz. 100 5	98,00	b3
Pr. B.-S.-B. rz. 100 5	102,00	G
do. do. 100 5	100,00	G
do. do. 115 4½	99,40	B
Pr. C.-B.-Pfdbr. rz. 100 5	101,30	b3
do. unfr. rz. 110 5	110,50	G
do. (1872 u. 74) 4½		
do. (1872 u. 73) 5		
do. (1874) 5		
Pr. Hyp.-M.-B. 120 4½	100,75	b3
do. do. 110 5	103,00	b3
Schles. Bod.-Cred. 5	103,10	G
do. do. 4½	100,75	B
Stettiner Nat.-Hyp. 5	100,00	b3
do. do. 4½	96,50	b3
Kruppsche Obligat. 5	110,00	G
Ausländische Fonds.		
Amerik. rz. 1881 6	101,75	G
do. do. 1885 6		
do. Bds. (fund.) 5	101,00	B
Normweg. Anleihe 4½		
Newyork. Std.-Anl. 6	115,20	B
Deuterr. Goldrente 4	70,20	b3
do. Pap.-Rente 4½	59,50	b3
do. Silber-Rente 4½	60,40	b3
do. 250 fl. 1854 4	116,50	B
do. Gr. 100 fl. 1858 4	336,00	b3
do. Lott.-M. v. 1860 5	126,50	b3
do. do. v. 1864 6	300,00	G
Ungar. Goldrente 6	82,90	b3
do. St.-Eisb.-M. 5	82,00	b3
do. Loose 6	195,00	b3
do. Schatzsch. I. 6		
do. do. kleine 6		
do. do. II. 6		
Staliensche Rente 5	79,10	G
do. Tab.-Oblig. 6		
Rumänier 8	106,25	G
Russische Loose 4	48,25	B
Russ. Centr.-Bod. 5	77,00	G
do. Engl. M. 1822 5	84,70	b3
do. do. v. 1862 5	84,50	G
Russ.-Engl. Anl. 3		
Russ. fund. M. 1870 5	86,75	b3
Russ. conf. M. 1871 5	86,00	b3
do. do. 1872 5	86,00	b3
do. do. 1873 5		
do. do. 1877 5	88,40	b3
do. Bod.-Credit 5	78,70	b3
do. Pr.-M. v. 1864 5	150,50	b3
do. do. v. 1866 5	147,60	b3
do. 5. M. Etiegl. 5	60,75	B
do. 6. do. do. 5	84,25	b3
do. Pol. Sch.-Obl. 4	81,75	b3
do. do. kleine 4		
Poln. Pfdbr. III. C. 5	62,30	b3
do. do. 4		
do. Liquidat. 4	56,20	b3
Türk. Anl. v. 1865 5	9,80	b3
do. do. v. 1869 6		
do. Loose vollgez. 3	27,00	b3
*) Wechsel-Course.		
Amsterd. 100 fl. 8 T.		
do. 100 fl. 2 M.		
London 1 Ltr. 8 T.		
do. do. 3 M.		
Paris 100 Fr. 8 T.		
Blg. Vpl. 100 Fr. 3 T.		
do. do. 100 Fr. 2 M.		
Wien öst. Währ. 8 T.	173,00	b3
Wien öst. Währ. 2 M.	172,00	b3
Petersb. 100 R. 3 M.	210,00	b3
do. 100 R. 3 M.	208,00	b3
Warschau 100 R. 8 T.	210,00	b3
*) Zinsfuß der Reichs-Bank für		
Wechsel 4, für Lombard 5 pEt., Bank-		
diskonto in Amsterdam 3, Bremen -		
Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4, Ham-		
burg - Leipzig - London 3, Paris		
5, Petersburg 6, Wien 4 pEt.		

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	106,50	G
Bl. f. Rheinl. u. Westf.	4	35,25	b3
Bl. f. Spirit. u. Pr.-S.	4	59,00	b3
Verl. Handels-Ges.	4	85,40	G
do. Kassen-Verein	4	170,00	B
Breslauer Dist.-Bl.	4	94,00	b3
Centralbl. f. B.	4	10,60	b3
Centralbl. f. S. u. S.	4	46,00	b3
Coburger Credit-B.	4	91,00	b3
Cöln. Wechselbank	4	101,00	b3
Danziger Privatb.	4	107,10	G
Darmstädter Bank	4	148,30	b3
do. Zettelbank	4	105,50	b3
Deffauer Creditb.	4	90,00	b3
do. Landesbank	4	129,75	b3
Deutsche Bank	4	143,00	b3
do. Genossensch.	4	113,10	b3
do. Hyp.-Bank	4	88,50	b3
do. Reichsbank	4½	153,90	b3
Disconto-Comm.	4	188,00	G
Geraer Bank	4	96,00	b3
do. Handelsb.	4		
Gothaer Privatb.	4	102,00	B
do. Grundcred.	4	89,90	b3
Hypothek. (Hübner)	4	86,00	G
Königsb. Vereinsb.	4	97,00	G
Leipziger Creditb.	4	146,00	b3
do. Discontob.	4	84,00	b3
Magdeb. Privatb.	4	114,50	b3
Meckl. Bodencr. fr.	4	59,00	B
do. Hypoth.-B.	4	73,00	b3
Meinung. Creditb.	4	83,50	b3
do. Hypothekenf.	4	90,50	G
Niederlausitzer Bank	4	100,50	b3
Norddeutsche Bank	4	156,25	b3
Nord. Grundcredit	4	47,00	b3
Deuterr. Kredit	4		
Pofener Spritaktien	4	46,75	b3
Petersb. Intern. Bl.	4	96,50	b3
Pofen. Landwirtsch.	4	61,75	b3
Pofener Prov.-Bank	4	111,00	G
Preuss. Bank-Anth.	4½		
do. Bodencredit	4	73,25	b3
do. Zentralbnd.	4	127,50	b3
do. Hyp.-Spielb.	4	116,75	b3
Produkt.-Handelsb.	4	78,00	B
Sächsisch. Bank	4	113,30	b3
Schaffhaus. Bank	4	96,50	b3
Schle. Bankverein	4	106,50	b3
Südd. Bodencredit	4	130,00	b3

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mairicht	4	21,70	b3
Altona-Kiel	4	137,25	b3
Bergisch-Märkische	4	94,30	b3
Berlin-Anhalt	4	101,75	b3
Berlin-Dresden	4	12,90	b3
Berlin-Görlitz	4	16,75	b3
Berlin-Hamburg	4	190,00	b3
Brl.-Potsd.-Magd.	4	95,50	b3
Berlin-Stettin	4	112,80	b3
Bresl.-Schm.-Frbg.	4	94,00	b3
Cöln-Minden	4	144,75	b3
do. Lit. B.			
Halle-Sorau-Guben	4	16,00	b3
Hann.-Altenbeken	4	13,60	b3
do. II. Serie			
Märkisch-Pofener	4	23,70	b3
Magd.-Halberstadt	4	143,75	b3
Magdeburg-Leipzig	4		
do. do. Lit. B.	4		
Münster-Hamm	4	100,00	G
Niederichl.-Märk.	4	98,75	b3
Nordhausen-Erfurt	4	23,25	b3
Oberichl. Lit. A. u. C.	3½	174,70	b3
do. Lit. B.	3½	150,00	b3
do. Lit. C.	5		
Dispreuss. Südbahn	4	50,90	b3
Rechte Oderuferb.	4	142,39	b3
Rheinische	4	154,75	b3
do. Lit. B. v. St. gar.	4	96,30	b3
Rhein-Nahabahn	4	12,25	b3
Stargard-Posen	4½	102,20	G
Thüringische	4	148,50	b3
do. Lit. B. v. St. gar.	4	95,90	b3
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	104,10	b3
Weimar-Geraer	4½	47,50	b3
Albrechtshahn	5	22,25	b3
Amsterd.-Rotterd.	4	116,25	b3
Aussig-Teplitz	4	180,00	b3
Böhm. Westbahn	5	88,10	b3
Brest-Grajewo	4	46,50	b3
Brest-Kiew	4		
Dur-Bodenbach	4	41,15	b3
Elisabeth-Westbahn	5	77,30	b3
Kais. Franz. Joseph	5	68,50	b3
Gal. (Kar. Ludwig.)	5	105,80	b3
Gottthard-Bahn	6	48,90	b3
Kaischau-Oderberg	5	49,40	b3
Ludwigsb.-Verbach	4	194,50	G
Lüttich-Limburg	4	14,20	b3
Mainz-Ludwigsh.	4	88,25	b3
Oberhess. v. St. gar.	—		
Deutr.-frz. Staatsb.	5		
do. Nordw.-B.	5	250,20	b3
do. Litt. B.	5	163,70	b3
Reichenb.-Pardubitz	4½	48,50	b3
Kronpr. Rud.-Bahn	5	62,40	b3
Nast-Wyas	5		
Numäner	4	42,90	b3
Russ. Staatsbahn	5	135,50	b3
Schweizer Unionb.	4	13,50	b3
Schweizer Westbahn	4	14,40	b3
Südösterr. (Comb.)	4		
Turnau-Prag	4	48,00	b3
Worarlberger	5	64,25	b3
Wien-Jarchau-Wien	4	248,00	b3